

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigen 8.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2990.

Nr. 136

Dienstag, den 14. Juni 1921

12. Jahrgang

Deutsch-französische Verständigung über die Wiedergutmachung

Eine Konferenz zwischen Rathenau und Loucheur.

Am Sonntag fand in Wiesbaden eine Unterredung zwischen Rathenau und Loucheur über das Reparations- und Wiederaufbauproblem statt. Sie dauerte insgesamt fünfzehn Stunden. Zweimal versuchte Rathenau die oberflächliche Frage anzuschneiden, die wegen der Kohlenversorgung aus Oberschlesien wirtschaftlichen Charakter habe. Loucheur wich der Behandlung dieser Frage aus und wies darauf hin, daß nach den Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages Deutschland 15 Jahre hindurch die oberflächliche Kohlenlieferung durch Polen gesichert sei (1).

Rathenau kam dann auf die 26 prozentige Ausführungsabgabe zu sprechen. Er konnte noch keinen festen Vorschlag auf Abänderung dieses Indeg machen, doch teilte er Loucheur mit, daß er dem System von London das Pariser System vorzöge, bei dem die festen Jahresraten höher wären. Außerdem wünscht Rathenau, daß das Londoner System der Schuldverschreibung, durch ein anderes ersetzt werde, nach dem Deutschland selbst Anleihen auf den Weltmarkt begeben könnte. Loucheur gab ihm zu verstehen, daß beratige Anleihen von den Alliierten nicht garantiert werden könnten.

Rathenau erörterte sodann ausführlich die Naturalleistungen, indem er darauf hinwies, daß bei der gegenwärtigen Valuta dies für Frankreich wie für Deutschland Leben und Tod sei. Loucheur drang darauf, daß beratige Lieferungen nicht im gleichen Jahre bezahlt werden, in dem sie erfolgen, sondern daß die Bezahlung auf mehrere Jahre verteilt würde. Reinesfalls aber dürfe Frankreich in einem Jahre mehr bezahlen, als die jährlichen Leistungen Deutschlands in Geld ausmachen, weil sonst Frankreich wenig Interesse an den deutschen Lieferungen hätte. Dagegen dürften die deutschen Lieferungen einen Katenvorschub auf die künftige Jahreszahlung bedeuten. Loucheur fragte Rathenau, ob Deutschland sich nicht gewisser Einkaufsgesellschaften als Vermittler bedienen könne. Dann verlangte Loucheur eine Herabminderung des Preises für die zu liefernden deutschen Holzhäuser.

Einem Vertreter des „Matin“ in Wiesbaden gegenüber betonte Loucheur, in Rathenau einen Menschen gefunden zu haben, der von den besten Absichten befeelt sei und deutlich bekundet habe, daß Deutschland seine Unterschrift respektieren müsse. Am Montag sollte die Diskussion fortgesetzt werden. Sie sollte sich erstrecken auf die Rückerstattung des von Deutschland während des Krieges beschlagnahmten Industriematerials, die Rückerstattung des Mobiliars und des Viehes und die Lieferung der Holzhäuser.

Paris, 13. Juni. Léon Bailly sagt in der Liberté, eine Einigung zwischen Rathenau und Loucheur sei mit der größten Aufrichtigkeit zu wünschen. Wenn Deutschland Frankreich gewisse Zahlungen in Waren anbiete, so könnten Schuldner und Gläubiger nur gewinnen. Bailly lobt die Entwürfe für die 25 000 Holzhäuser. Jede Konstruktion sei darauf angelegt, individuellen Charakter zu tragen. Das sei der Geist, von dem die deutschen Architekten befeelt gewesen seien, als sie die drei Bautypen präsentiert hätten, die Loucheur bis jetzt zurückgehalten habe. Es müsse also auf die geschäftigsten Landleute eingewirkt werden, damit sie die Nützlichkeit und zu gleicher Zeit die Unnehmlichkeit des Planes einsehen, der sie in möglichst kurzer Zeit dauernd in den Besitz eines Daches über dem Kopf und einer angenehmen Wohnung bringe.

Nach einer Meldung der Voss. Ztg. aus Wiesbaden hat Wiederaufbauminister Rathenau gestern nachmittag Wiesbaden verlassen, um nach Berlin zurückzukehren. — Wie die „Voss. Ztg.“ aus Paris meldet, wird Loucheur heute nachmittag die deutschen Vorschläge dem Ministerpräsidenten Briand unterbreiten.

Die Beisehung des Abgeordneten Gareis.

München, 13. Juni. Unter überaus starker Beteiligung der Münchener Arbeitererschaft fand heute nachmittag die Beisehung des ermordeten Abgeordneten Gareis auf dem Ostfriedhof statt. Im Namen der Reichsleitung der U. S. P. sprach Reichstagsabgeordneter Ledebour-Berlin. Reichstagsabgeordneter Unterleitner widmete Franz und Nachruf für die U. S. P. des preussischen und bayerischen Landtags und übermittelte gleichzeitig die Beileidskundgebungen der französischen und der österreichischen Sozialisten, sowie der sozialistischen Parteien von Württemberg, Baden und Sachsen. Nach einem Schlussgefang formierten sich die Züge, um in die Stadt zurückzukehren. Die Narbrücken waren von der Landespolizei mit Panzerautos und Draht-

verhauwen abgesperrt, so daß sich die Züge verteilen mußten. Zu besonderen Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Überaus charakteristisch für die innerpolitischen Verhältnisse in Bayern ist die Art, wie Regierung und bürgerliche Presse sich zu der Münchener Tragödie und ihren Auswirkungen stellen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ hat es noch sogar fertiggebracht, seinen Lesern und allen aus dieser trüblichen Quelle schöpfenden Provinzblättern das Märchen aufzutischen, daß es sich bei dem Mordtat um einen Eifersuchtsmord handele. Von gleichem Geiste ist auch die nachstehende Erklärung der bayerischen Regierung befeelt:

München, 13. Juni. (U. L. B.) Amlich wird mitgeteilt: Die auswärtige Presse und namentlich die Berliner linksradikalen Zeitungen sind voll von falschen Nachrichten mit tendenziösen Darstellungen der Lage in Bayern. Demgegenüber sei tatsachenmäßig festgestellt, daß über die Person des Mörders von Gareis trotz der eifrigsten Bemühungen der Polizei noch gar nichts festgestellt ist. Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß der Mörder in der Person eines Fanatiklers der Rechten zu suchen sei. Die politische Ausmünzung des Verbrechens ist deshalb gleichermäßen unwürdig und gewissenlos.

Die Regierung hat alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit getroffen. Demonstrationen, Versammlungen und Demonstrationen zur politischen Ausmünzung des Mordes sind verboten. Im übrigen ist der Generalfreik auch von der Streikleitung für heute abends abgelagt worden.

Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten veranstalteten gestern nachmittag in Berlin Kundgebungen für den ermordeten Abgeordneten Gareis. Sämtliche Kundgebungen verliefen ohne Zwischenfall.

Die französische Unterstützung der polnischen Insurgenten.

London, 13. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt aus Oppeln: Die neutrale Zone ist ein Mißerfolg. Die alliierten Truppen sind an verschiedenen Punkten zwischen die Insurgenten und den deutschen Selbstschutz geschoben worden, aber zwischen diesen Punkten geht der Kampf weiter. Die Deutschen erleiden dauernd fast unerträgliche Herausforderungen von seiten der Insurgenten, die ein Interesse daran haben, daß die Deutschen wieder angreifen. Die Alliierten müssen ihre Bemühungen fortsetzen, um den deutschen Selbstschutz so viel wie möglich zurückzubehalten, und sie müssen ausschließlich damit beschäftigt sein, an der Front die Feindseligkeiten zu verhindern. Nicht der deutsche Selbstschutz, sondern die Franzosen selbst bilden das Haupthindernis für eine dauernde Lösung. Die Franzosen, die für den Aufstand verantwortlich sind und oft ihrer Sympathie für den Aufstand Ausdruck gaben, sind auch für seine Fortdauer verantwortlich, da sie alles tun, um jede Garantie, die den Aufstand beenden könnte, zu verzögern oder abzuschwächen. Dem Sonderberichterstatter wurde von italienischer Seite erklärt, der eigentliche Unterschied in der Ansicht zwischen den Franzosen und den Führern der Aufständischen bestehe darin, daß die Polen den Aufstand erst nach der Entscheidung des Obersten Rates über die neue Grenze beginnen wollten, während die Franzosen für ein früheres Vorgehen gewesen seien. Der Aufstand werde nicht eher zu Ende gehen, als bis die Engländer und die Italiener in der interalliierten Kommission die Vorherrschaft hätten. Selbst ein heftiges Armeekorps würde gegenwärtig keine Veränderung herbeiführen; denn augensichtlich würden britische Truppen dortin gestellt, wo die Franzosen sie haben wollen, d. h. dort, wo sie Korfanty am wenigsten lästig sind.

Wie mehrere Blätter melden, sind in Hindenburg Züge mit kongreßpolnischem Militär in voll eingetroffen. Auch aus Beuthen und anderen Orten wird die Durchfahrt kongreßpolnischer Truppen gemeldet.

Nach einer Meldung des „Tagebl.“ erläßt Korfanty einen Aufruf zu einer einmaligen Abgabe von Grundstücken, Wohnungen, gewerblichen Betrieben und von Vermögen und Verdienst zur Unterstützung der insurgentischen Wehrmacht.

Kattowitz, 13. Juni. In der letzten Nacht gab es wieder schwere Schießereien. Bewaffnete Insurgenten drangen wiederholt in die Stadt. Sie führten Maschinengewehre mit sich, mit denen sie verschiedene Straßen mit heftigem Feuer bestreuten. In den Landgemeinden dauern die Zwangsbeschreibungen fort.

Politischer Mord.

Aus Berlin schreibt uns Genosse Stampfer: Vor etwas mehr als vierzig Jahren wurde in Deutschland eine zukunftsreiche, von höchsten Menschheitsidealen erfüllte Partei d. s. Gesetz außerhalb der Verfassung gestellt und über zehn Jahre lang durch Verfolgungen schwerster Art mißhandelt, weil zwei Menschen, mit denen sie nichts zu tun hatte, auf einen alten Mann, den damaligen Kaiser Wilhelm, geschossen, einer von beiden ihn nicht verfehlt hatte. Kein Mensch glaubt heute mehr, daß die junge deutsche Sozialdemokratie für die Taten der Hölle und Nobilität irgendwelche Verantwortung trägt, weil kein Mensch mehr an dieser verjährten Lüge ein Interesse hat. Aber das Sozialistengesetz, für welches jene Attentate Vorwand, nicht Anlaß boten, wird für alle Zeit ein Schandmal des Kaiserreichs bleiben.

Der politische Mord hat niemals zu den Waffen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland gehört. Selbst in ihrer kommunistischen Entartung hielt sie sich von dieser letzten Schändlichkeit frei. Es ist nicht unsere Absicht, die blutige Schuld, die der kommunistische Fanatismus auf sich geladen hat, zu verkleinern. Immerhin muß man sagen: Die Kommunisten haben nicht nur theoretisch den individuellen Terror verworfen, sondern ihre Anhänger haben in diesem Punkt Disziplin gehalten. Das systematische Abschließen politischer Gegner aus dem Hinterhalt gehört nicht zu den kommunistischen Gepflogenheiten. Diese Methode, die Ordnung in Deutschland herzustellen und das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt zu vermehren, ist das unbestrittene Privilegium der deutschnationalen Reaktion geblieben.

Unsere eigenen Erfahrungen mahnen uns Sozialdemokraten, in der Beschuldigung des Mordes gegen gegenwärtige politische Richtungen vorsichtig zu sein. Aber es hieße nicht berechnete Vorsicht üben, sondern den Kopf in den Sand stecken, wenn man den engen Zusammenhang übersehen wollte, der zwischen der deutschnational-reaktionären Propaganda und jenen politischen Morden besteht, die das öffentliche Leben Deutschlands immer wieder befeelen. Man kann es auch unmöglich als einen Zufall betrachten, daß gerade München die Zentrale der sorgfältig vorbereiteten, überfallsmäßig ausgeführten politischen Attentate geworden ist. Die Reihe dieser Ueberfälle wurde durch das Attentat auf Kurt Eisner eröffnet, es folgten nach größerem Abstand, aber dann ziemlich kurz aufeinander, die Ueberfälle auf Magnus Hirschfeld, Alwin Saenger — die mit minder oder mehr schweren Verletzungen davontamen — und schließlich die feige Erschießung des unabhängigen Abgeordneten Gareis im nächtlichen Dunkel, aus dem Hinterhalt. Die Ueberfälle erfolgten regelmäßig, wenn sich die Opfer auf dem Heimwege aus Versammlungen befanden, in denen sie gesprochen hatten. Plan und Ausführung lassen auf eine gemeinsame Leitung schließen.

Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß der Mordanschlag auf Gareis ein Racheakt gegen den Ermordeten war, wegen des tapferen Kampfes, den er gegen die bayerischen Einwohnerwehren und die Organisation Escherich geführt hatte. Der Münchener Polizeipräsident, Herr Böhrner, kennt also die Kräfte, er kennt sie sehr genau, in denen der Mörder zu suchen ist. Trotzdem wird man sich über die Möglichkeit, ihn zu entdecken, keine übertriebenen Hoffnungen machen dürfen, und wenn er entdeckt wird, wird die mächtige Organisation der reaktionären Verschwörung auch über ihn ihre schützende Hand halten, wie sie bisher immer noch über seinesgleichen ihre schützende Hand gehalten hat.

In Mitteldeutschland sind über Arbeiter, die sich irgendwelcher Unterstützung der dortigen Aufwühlbewegung schuldig gemacht hatten, die allerhöchsten Strafen verhängt worden. Die Sozialdemokratie hat keine Straffreiheit für die wirklich Schuldigen gefordert, sie hat sich darauf beschränkt, zu verlangen, daß unschuldige Verurteilte auf dem einzig offenen gebliebenen Wege der Begnadigung befreit, allzu schwere Strafen für Minderschuldige gemildert werden. Sie verlangt keine Straffreiheit für Leute, die ihre Opfer vorzüglich aus dem Hinterhalt ermorden. Solche Straffreiheit zwar nicht theoretisch zu fordern, aber sie doch praktisch durchzuführen, ist der Reaktion vorbehalten geblieben.

Die Reaktion war es, die Deutschland in den blutigen Sumpf der politischen Morde geführt hat und es in ihn immer tiefer versinken läßt. Wo sie den Namen der Ordnung am lautesten verkündet, da herrscht in Wahrheit die schlimmste Geschlossenheit. Wie oft ist gerade das Bayern der Escherich, Kahr und Böhrner von der reaktionären Presse als der deutsche Ordnungsstaat gefeiert worden. Der Ordnungsstaat ist nach der Auffassung dieser Leute offenbar dort, wo am meisten gemordet wird.

Menschlich ist begreiflich, wenn der Ruf nach Rache und Wiedergutmachung laut wird. Und doch weiß er auf geführte

liche, verhängnisvolle Bahnen. Wir fordern nicht Rache und
Wiedervergeltung, sondern Recht. Der beispiellosen
stillehender Verlotterung ihrer Gegner muß
die Arbeiterbewegung ihre höhere Mensch-
lichkeit entgegenstellen. Das heißt nicht und darf
nicht heißen, daß wir den Uebermut der Gewalt mit stiller
Duldsamkeit ertragen sollen, sondern wir müssen mit allen
Kräften danach streben, die notwendige politische Macht zu
erringen, um diesen schändlichen Zuständen ein Ende zu
machen und dem Rechte zur Geltung zu verhelfen. Die
deutsche Sozialdemokratie ist von den Unabhängigen noch
in manchen Auffassungen unterschieden, und die Möglichkeit,
daß es zu neuen, scharfen Kämpfen zwischen den beiden
Parteien kommt, ist leider noch immer nicht beseitigt. Aber
die blutige Tat von München trifft uns Sozialdemokraten
genau so, als ob sie einen von uns getroffen hätte. Gegen
die äußerste Reaktion, die mit der Waffe des politischen
Mordes arbeitet, gibt es in der ganzen Arbeiterchaft und
weit über sie hinaus nur eine Einheitsfront gemeinsamer
Empfindungen der Empörung und des Abhweues. Würde
diese Einheitsfront stark genug werden um einen politischen
Radikalfaktor darzustellen, wären die Tage der Reaktion
gezählt.

Die Krise der industriellen Demokratie

Der Gedanke der industriellen Demokratie in den Sieger-
ländern (wir sprechen hier absichtlich nicht von den besiegten
Mächten, wo der Zusammenbruch Revolutionen auslöste) knüpft
sich an die Fragen der Produktion, und sein Auskommen
hätte sowohl wirtschaftliche als moralische Gründe. Wirtschaft-
lich schien es notwendig, durch die Erhöhung der Produktion
der verarmten Menschheit wieder auf die Beine zu helfen.
Auf der anderen Seite ist bereits während des Krieges, als
der Staat überall die Führung der Wirtschaft übernahm und
die Tendenzen zur Konzentration und Organisation
gewaltig wuchsen, in das Bewußtsein der auf den Klassen-
kampf auch nach wie vor ringender Arbeiter die Überzeugung
eingedrungen, daß sie nicht mehr als ferienloser Apparat im
Wirtschaftsleben weiter wirken dürfen. Die gesteigerte Orga-
nisation und Rationalisierung der Arbeit soll auf der anderen
Seite durch die Teilnahme der Arbeiterchaft in der
Ausgestaltung der Wirtschaft weitgemacht werden. Wie Lotie
Mantelsohn in ihrem im Sozialistische Probleme der Gegen-
wart" betitelten Sonderheft der "Weißen Blätter" erdientenen
Klausel: "Aber die Möglichkeiten der sozialistischen Entwik-
lung Englands" formuliert: "Der Gewerkschaftler anerkennt
Machtmittel und Staat; er will aber etwas unendlich Wertvolleres
und Wertvolleres besitzen: er will sich von der völligen
Bindung des sozialen Systems und von der ewigen und unab-
wendbaren Unterordnung unter den Unternehmer befreien.
Wie ein Führer der englischen Bergarbeiter sagt, ist ja die
Arbeiter-Unruhe tiefer, als daß sie mit Pfund, Schilling und
Penny getroffen werden könnte. Ihre Wurzel ist das Stre-
ben menschlichen Geistes, frei zu sein". Der Mitge-
dankte in den westeuropäischen Staaten, Betriebsräte, Ar-
beiterkontrolle, verlebene Formen der Arbeitsgemeinschaften,
— wie in England die Whitley-Komitee —, nationale Lohnämter
mit Teilnahme der Gewerkschaften, Sozialisierungspläne, diese
und ähnliche Bestrebungen hatten die öffentliche Meinung
bereits in einem Maße durchdrungen, daß sogar die Unter-
nehmer ihren Widerstand gegen diese Maßnahmen aufzugeben
sahen. Aber die rein sozialpolitischen Maßnahmen
hinaus nahm eine neue Entwicklung in der Richtung der
industriellen Demokratie ihren Anfang.

Die Wirtschaftskrise gab den Kapitalisten einen will-
kommenen Anlaß, den Versuch zu machen, das Rad der Zeit
zurückzudrehen und die Kräfte der industriellen Demokratie
— von denen sie selbst zeitweilig angefaßt waren — zu er-
sticken. In England predigte vor zwei Jahren Lloyd George
noch "die neue Welt" der industriellen Demokratie, trat für
die Sozialisierung und für nationale Lohnämter ein — jetzt
ist er ein geschworener Feind dieser Einrichtungen. Auch sonst
befindet sich die englische Entwicklung der Betriebs- und Wir-
tschaftsverfassung in Rückwärtsbewegung; die Verhandlungen
während des großen Kohlenstreiks beweisen das zur
Genüge. Und ähnlich geht es in Frankreich und in
Italien, wo das in vorigen Jahren der Arbeiterchaft zu-
gesprochenen Betriebsrätegesetz in eine Verknüpfung
gefallen ist, als ein vieltragendes Symptom des Wandels der Zeit.
Wir wollen nun von einem Vorgehen der Arbeitgeber
berichten, an sich nicht von großer Wichtigkeit, doch bezeichnend

für die Krise, in welcher sich die kaum erst begonnene in-
dustrielle Demokratie befindet. Dem Völkerverband ist das
"Internationale Arbeitsamt" für Fragen der
Arbeitsverhältnisse und Überwachung der Stellungnahme in
Problemen der Arbeit übergeben, ein Organ des von Kapiti-
listischen Regierungen errichteten Völkerverbandes, welcher
auch die Verwaltung des Arbeitsamtes befaßt, und
das deshalb von der internationalen Arbeiterbewegung oft
angegriffen wird. Das Internationale Arbeitsamt ist ein
gegen die Interessen der Arbeiterchaft in Rom aufgestelltes
Büro, das in der Verwaltung des Arbeitsamtes besteht.
(Nebenbei sei bemerkt, daß dieses Amt zwar
seiner Natur nach verfassungsmäßig vertritt, immerhin
aber bisher die Interessen der Arbeiterchaft wahrgenommen hat.)

Das Internationale Arbeitsamt hat sich wieder dem Ein-
fluß der oben erwähnten Einwirkungen vor einem Jahr
erschlossen, außer mit dem vollen Arbeitsamt hat es sich mit
Fragen der Produktion zu befassen. Auf den Vorschlag
eines Arbeitgebersmitglied eines Verwaltungsrates beschloß
es, zunächst einmal ein umfangreiches Maßnahmenprogramm
in den einzelnen Ländern vorzunehmen, um
dann auch auf der Grundlage dieser Erhebungen eine Vor-
schlage zu machen.

Gelegentlich der letzten Sitzung des Verwaltungsrates des
Internationalen Arbeitsamtes sind die Arbeitgebermitglieder
des Amtes geschlossen dafür aufgetreten, daß dieses Amt sich
nicht annähern soll, Fragen der Produktion und überhaupt
wirtschaftliche Probleme zu berühren. Auch jetzt dürfte es sich
einen "Informations" Dienst versehen und sollte nicht, wie ihre
Resolution sich ausdrückt, eine "konstruktive" Tätigkeit aus-
üben. — Es müssen ihm die Schranken gezogen werden: die
einer rein sozialpolitischen Tätigkeit. An sich ist diese Ange-
legenheit von geringer Wichtigkeit, um so mehr, da eine schon
früher begonnene systematische Propaganda der französischen Pro-
duktionskräften eintrat. Auch ist diese Resolution im
Verwaltungsrat des Arbeitsamtes mit Stimmensmehrheit ab-
gelehnt worden, wogegen die Arbeitgeber Vertretung einlegte.
Dieses Verhalten kann jedoch als bedeutungsvolles Zeichen
der veränderten Verhältnisse gedeutet werden. Das Amt wird
ergänzt, wenn wir berichten, daß dieselben Arbeitgeber im
Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes die
Aufsorderung des Völkerverbandes, Mitglieder in eine Kommission
zur Untersuchung der Einschränkung der Kriegs-
rüstungen und der Herstellung von Kriegsmaterial durch
private Unternehmer zu entsenden, abgelehnt hatten und
erklärten, daß sie ihrerseits an einer solchen Kommission über-
haupt nicht teilzunehmen wünschen. (A. S.)

Erhöhung der Versorgungsgebühren für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Deutschland.

Berlin, 11. Juni. Die Teuerungszulage, die den Kriegs-
beschädigten und Kriegshinterbliebenen zu den Versorgungs-
gebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt wird,
wird mit Wirkung vom 1. Januar 1921 um 25% auf 85%
erhöht werden. Vom gleichen Zeitpunkt ab ist die Grenze des
Jahreseinkommens, die bisher für Ruhe- und Versorgungs-
gebühren galt, um je 2000 Mk. heraufgehoben worden. Während
also früher die Kürzung der Versorgungsgebühren schon be-
gann, wenn man abzüglich der Versorgungsgebühren von
seinem ganzen Jahreseinkommen mehr als 5000 Mk. steuer-
pflichtiges Einkommen behielt, jetzt die Kürzung erst beginnt,
wenn man mit gleicher Berechnung noch 7500 Mk. steuer-
pflichtiges Einkommen übrig behält. Ferner ist auch die Be-
stimmung, wonach die Altersrente nur gewährt werden dürfe,
wenn das Jahreseinkommen nicht über 1500 Mk. hinausgeht
durch Erhöhung der Einkommengrenze auf 3000 Mk. ver-
ändert. Die aus dieser Neuregelung sich ergebende Nachzah-
lung soll mit größter Beschleunigung erfolgen. Gleichzeitig
mit ihnen werde auch die Erhöhung der Ortszulage ausge-
hendigt, soweit solche nach der neuen Ortsklasseneinteilung mit
Wirkung vom 1. April 1921 ab den Kriegsbeschädigten und
Kriegshinterbliebenen zusteht.

Rundgebungen für die Voignon-Gefangenen.

Berlin, 12. Juni. Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs-
gefangener, die eine halbe Millionen Mitglieder zählt, veran-
staltete in ganz Deutschland Rundgebungen für die Freigabe
der in Voignon zurückgehaltenen 145 Kriegsgefangenen. In
Berlin redeten in der unter freiem Himmel abgehaltenen Ver-

sammlung Vertreter verschiedener Parteien, darunter Reichstags-
präsident Goebel, Professor Schäding, Freiherr v. Dersner und
der Zentrumsabgeordnete Friescher. Die Reichsregierung wurde
in einer Entschließung aufgefordert, trotz der bisherigen Miß-
erfolge erneut die Freigabe zu verlangen.

Auslieferung in der badischen Textil- industrie.

Freiburg, 12. Juni. Da entgegen den mit den Arbeit-
nehmern getroffenen Vereinbarungen der Streik in verschiedenen
Betrieben der badischen Textilindustrie fortgesetzt wird, haben
die Arbeitgeber die Auslieferung sämtlicher badischer Tex-
tilarbeiter für morgen beschlossen. Hierdurch werden 20 000
Arbeiter betroffen.

Statistik der russischen Gewerkschaften.

D. S. Anlaßlich des Moskauer Russischen Gewerkschaftskongresses bringt die Sowjetpresse eine Reihe von
statistischen Angaben über die russischen Gewerkschaften. Die
Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder in der (überlieferten)
Sowjetrepublik beträgt gegenwärtig 8 800 000. Diese hohe
Ziffer ist dadurch zu erklären, daß zu den russischen Gewerkschaften
nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten und
Fachleute der betreffenden Branchen gehören, daß ferner
die zahlreichen Angestellten der Sowjets, der Konsum-
genossenschaften usw. sich bei einer Gewerkschaft anschließen
lassen und endlich, um der damit verbundenen Vorteile
willen, die gleichen Personen verschiedenen Gewerkschaften
angehören und daher mehrfach gezählt werden. Von den
einzelnen Gewerkschaften wird die Mitgliederzahl für die
Metallindustrie auf 535 000, die Nahrungsmittelindustrie auf
226 000, die Textilindustrie auf 300 000, die städtischen Be-
triebe auf 170 000, die Zuckerindustrie auf 167 000, die Tabak-
industrie auf 42 000 angegeben. Die Mitgliederzahl der
übrigen Gewerkschaften wird jetzt nicht erwähnt. Ende 1920
betrug sie der Moskauer "Pravda" (Nr. 260 und 289) zu-
folge 900 000 für das Transportwesen, 320 000 für die
Kohlenindustrie und Bergbau, 108 000 für das Post- und
Telegraphenwesen, 126 000 für die chemische Industrie,
45 000 für die Leder- und 35 000 für die Konfektionsindustrie,
996 000 für das Sowjetverwaltungsamt, 235 000 für das
Sanitätswesen, 238 000 für das Bildungswesen, 125 000 für
die Kunststätten. In einem Bericht an den Kongreß über
den Stand des Kampfes mit dem Analfabetismus wurde
mitgeteilt, daß die Zahl der Analphabeten unter
den Gewerkschaftsmitgliedern 60 Prozent für
das Nahrungsmittelwesen, 75—80 Proz. für Landwirtschaft
und Forstwesen, 70—80 Proz. für die städtischen Betriebe,
60 Proz. für die Textilindustrie, 75—80 Proz. für die Tabak-
industrie und 2—3 Proz. für das Sowjetverwaltungsamt
betrage. Von den Eisenbahnern seien etwa 60 Proz., von
den Schiffsarbeitern 25—27 Proz., dagegen von den Metall-
arbeitern nur etwa 12 Proz. Analphabeten.

Kleine Nachrichten.

Der Stand der Mark. Es war vorauszu sehen, daß die
leichte Besserung in der Bewertung der Mark nach Annahme
des Ultimatums nicht von Dauer sein würde. Dement-
sprechend zeigt die nachstehende Tabelle ein deutlich wahr-
nehmbares Sinken. Es wurden bewertet:

	am 21. 5.	28. 5.	3. 6.	8. 6.	9. 6.
100 holl. Gulden	2192,85	2169,70	2192,80	2222,75	2240,25
1 Dfd. Sterling	237,05	242,87	247,05	251,70	254,20
1 Dollar	69,44	62,30	63,68	66,30	68,18
100 franzöl. Fr.	517,45	520,95	528,55	533,95	532,70
100 Schweiz. Fr.	1072,65	1098,90	1116,35	1137,35	1141,35
100 österr. Kr.					
abgeteilt	14,93	15,08	14,88	14,83	14,88
100 tschech. Kr.	88,15	90,50	92,50	93,40	94,—

Der Rückgang erstreckt sich also auf alle Märkte, so daß
der Stand gegenüber Ende Mai erheblich verschlechtert ist.
Für eine Besserung des Kurzes in der nächsten Zeit sind
kaum irgendwelche Aussichten vorhanden.

Arbeiterpresse und Auslandsdienst.

Ein Reformvorschlag von Dr. Werner Deller.

Vor einigen Wochen stand die Politik im Zeichen der be-
deutamen Anklagerede Lloyd Georges gegen Polen und
Frankreich. Man braucht nicht als pessimist mit dem Hin-
weis auf diese ähnliche Reden, die wir seit Wilsons berühm-
ten Ausführungen über die 14 Punkte gehört haben, Lloyd
Georges Ausführungen für wert- und bedeutungslos zu
halten; man braucht auch nicht nach den bisherigen Er-
fahrungen — als Optimist vom Tage der großen Rede Lloyd
Georges an eine neue Ära der europäischen Politik zu konsta-
tieren; dem die Dinge nächster beträchtlichen Realpolitiker
genügt die Feststellung, daß durch Lloyd Georges Worte
unzweifelhaft etwas geschehen ist, was nicht ausgelächelt werden
kann, und daß in diesem Falle eintrat, was so selten zu ver-
zeichnen ist: die Identität des Wortes mit einer Tat.

Wer nun in der Zwangslage war, an Hand des durch
W. I. B. und andere Informationsbüros verbreiteten Materials
den Lesern Kenntnis von dem Inhalt der Lloyd Georgeschen
Rede zu geben, sah sich in eine äußerst unangenehme
Situation verlegt. Die Rede wurde, was an sich nicht ein-
mal besonders nachteilig zu merken ist, bruchstückweise ver-
öffentlicht; sie zeigte jedoch eine solche Fülle von Über-
sehungsfehlern und tatsächlichen Unrichtigkeiten, daß der
gewöhnliche Leser und jeder Unachtsame gegenüber von Ver-
antwortungsgefühl befehlte Journalist in eine nahezu ver-
zweifelte Stimmung geriet, was er nun eigentlich der Öffent-
lichkeit mitteilen sollte. Wichtige Worte, deren Vorhandensein
im Original unverkennbar war, fehlten; dafür gab es an
anderen Stellen Wiederholungen, wie sie von Lloyd George
unzweifelhaft nicht beangenen worden waren. Die Über-
setzung war höchst mangelhaft, und jeder große Zusammen-
hang fehlte.

Ich zitiere das Beispiel der Lloyd Georgeschen Rede nur
als eines aus vielen, die in jedem Augenblick zur Verfügung
gestellt werden können, und damit komme ich auf einen
Mangel der deutschen sozialistischen Arbeiterpresse zu sprechen,

dem diese in einem ganz anderen Umfange unterliegt, wie
die großen bürgerlichen Blätter.

Man vergegenwärtige sich die Lage: Nehmen wir etwa
die "Westein", "Wasser- und Scherz", so finden wir, daß
diese auf die Informationen der öffentlichen Telegraphenbüros
so gut wie gar nicht angewiesen sind. Sie haben in den
meisten ausländischen Hauptstädten ihre eigenen, oft mehrere
Vertreter, die sofort über alles Wichtige an ihre Auftrag-
geber telegraphisch oder telefonisch Bericht erstatten und
damit nicht nur einen schnellen, sondern im großen und
ganzen auch einen ausgezeichnet funktionierenden Nachrichten-
dienst leisten. In ganz anderer Lage befindet sich die sozialistische
Presse. Diese, durch kein hinter ihr stehendes Finanz-
kapital unterstützt, ist mit ihrem Auslandsdienst fast aus-
schließlich auf die Depeschendbüros angewiesen. Was das be-
deutet, wird jeder meiner Kollegen eben so gut wissen, wie
ich selbst. Wer die nähere Struktur des W. I. B. kennt
und einen Einblick in den dort herrschenden Geist gewonnen
hat, wird die Nachrichten dieses Büros nur mit größtem
inneren Widerstreben und mit einem nicht zu be-
stimmenden Mißtrauen verwenden. Direktor Manser,
der Leiter des W. I. B., ist ein typischer Vertreter
der wilhelminischen Ära, zweifellos eine ehrliche
Persönlichkeit, der jedoch der Blick für die Notwendigkeiten
der Gegenwart völlig abgeht. Nach wie vor verbreitet
W. I. B. Hofnachrichten über die Färbung,
an ihm ist, wie kaum wieder an einer Institution in Deutsch-
land, die Revolution spurlos vorübergegangen. Wenn wir
nun an den subjektiven guten Willen der auswärtigen Mit-
arbeiter des W. I. B. glauben — kann es uns nach den
vorliegenden Proben verdacht werden, daß wir zu der Objekti-
vität dieses und ähnlicher Büros nicht das mindeste
Zutrauen haben? Erinnert sei nur an das durch den
Stinneskongress Herrn Dr. Dammert "entleitet" und in
den Dienst der reaktionären Telegraphen-Union übergegangene
Büro. Der Redakteur, der auf die aus solchen Quellen vor-
liegenden Nachrichten angewiesen ist, kann nicht immer er-
kennen, wo in einem Bericht tendenziöse Lücken sind, oder
wo etwa durch eine tendenziöse Übersetzung der Rede eines

ausländischen Ministers eine Färbung gegeben ist, die diese
im Original nicht aufwies.

Gibt es nun für die Arbeiterpresse eine Möglichkeit, sich
von dieser Abhängigkeit zu emanzipieren? Hierzu möchte ich
den Parteigenossen im Lande folgenden Vorschlag zur
Diskussion und zur etwaigen Verbesserung unterbreiten:

Es muß von der Unmöglichkeit ausgegangen werden, daß
jedes Arbeiterblatt im Ausland seinen eigenen Vertreter unter-
hält; dem stehen finanzielle und wohl auch persönliche
Schwierigkeiten im Wege, die in absehbarer Zeit nicht über-
brückt werden können. Für durchaus realisierbar erscheint
mir jedoch folgendes: Die Sozialdemokratische Partei errichte
ein eigenes Zentralbüro und bestelle zur Bedienung dieses
Büros in den Hauptstädten des Auslandes einige Bericht-
erstatter, die, mit der fremdländischen Psychologie, Sprache
und Politik genau vertraut, an das Zentralbüro Bericht über
alle wesentlichen politischen Ereignisse, Reden, Konferenzen,
auch Notizen usw. einreichen. In dem Zentralbüro beschäftige
man einige Parteigenossen, die auch ihrerseits mit den aus-
ländischen Verhältnissen genau vertraut sind und in ständiger
Korrespondenz mit den ausländischen Vertretern stehen. Die
einkaufenden Berichte sind sofort zu überfragen, zu veriel-
fältigen und an die gesamte Parteipresse auf schnellstem Wege
zu überweisen. Hiermit ist die Möglichkeit gegeben, von den
bürgerlichen Depeschendbüros unabhängig zu werden oder, falls
man sich auch dieser bedienen will, sie ständig auf die Richtig-
keit ihrer Mitteilungen zu kontrollieren. Die Sozialdemokratische
Presse hat in diesem Falle die Gewähr einer objektiven
Berichterstattung der deutschen Arbeiterchaft gegenüber und
leistet darüber hinaus eine ideale Arbeit von nicht zu unter-
schätzender politischer wie ethischer Tragweite. Manche Ver-
gessenheitsleistungen der gegenwärtigen Politik lassen sich auf
solche Informationen, auf tendenziöse Berichterstattung zurück-
führen. Diese Fehlerquelle gründlich und nachhaltig zu be-
seitigen, scheint mir eine bedeutende Aufgabe, deren Lösung
die Sozialdemokratische Partei so schnell wie möglich in An-
griff nehmen sollte. Es wäre erwünscht, wenn über diese
Frage eine recht lebhaft und fruchtbare Diskussion einleiten
würde.

Aus dem Freistaatbezirk.

Die Schularztfrage im Kreise Danzig-Stb.

Am Sonntag fand im Sitzungssaale des Kreishauses eine Versammlung des Vereins der Gemeindevorsteher im Kreise Danziger Stb. unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Hoffmann in Brauk statt. Kreisarzt Medizinalrat Dr. Biersbacher behandelte die Schularztfrage. Im Kreise befinden sich etwa 100 Volksschulen mit 200 Klassen und 10.000 Schülern. Die Kosten für die ärztliche Beobachtung der Kinder würden sich auf etwa 3 bis 4 M. für das Jahr und Kind belaufen. Nergie gab außer in Danzig und den Vororten in Brauk, Sobbotwiz und Kahlbude vorhanden. In Oliva und Chra sind auch Schularzte angestellt. Ueber geringe Bezahlung der Schularzte wird allerdings sehr geklagt. Die meisten Schulen sind einklassig und zweiklassig. Fünf und mehr Klassen sind nur in Oliva, Chra, Gmaw und Brauk. Der Vortragende behandelte dann die Aufgaben, die dem Schularzt obliegen würden. Die Kinder wären zunächst einmal zu untersuchen, und für die kranken wären Personalbogen anzulegen. Es müßte darauf gesehen werden, daß die Kinder nicht mit kranken Kindern in der Schule sitzen. Auf körperliche Ermüdung wäre zu sehen, dies um so mehr, als jetzt die militärische Ausbildung fortfällt. Monatlich ein- bis zweimal müßte der Arzt für die Kinder eine Sprechstunde abhalten. Auch käme für die kranken Kinder eine Berufsberatung in Betracht. An den Vortrag trübte sich eine Aussprache, und es wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß der Kreisarzt die Schulen untersucht und dann weitere Vorschläge macht. Es wurde ein Ausschuß gewählt, der dem Kreisarzt dabei zur Seite stehen soll. Die Kosten soll der Kreis übernehmen, die Gemeinden werden das Führerwerk stellen.

Dann wurde die Apothekenfrage erörtert. Der Kreisarzt ist bereit, eine Zweigapotheke nach Kahlbude zu genehmigen. Man war aber nicht darin einig, ob sie nach Kahlbude oder Meißnerwalde gelegt werden solle. Deshalb wird voraussichtlich von der Gründung einer neuen Apotheke wohl ganz abgesehen werden. Wie mitgeteilt wurde, beabsichtigt ein Arzt sich in Meißnerwalde niederzulassen.

Die Forstverwaltung hat bisher das verkäufliche Brennholz durch den Kreisaußschuß den Gemeinden überweisen lassen. Wie der Senat mitteilte, soll das Holz in Zukunft wieder wie früher öffentlich und meistbietend versteigert werden. Die Versteigerung wünschte, daß wenigstens das Armenholz und Schulholz zur Lage abgegeben wird.

Veranstaltungen.

Chra. Der Arbeiter-Gesangverein „Liedertafel“ Chra ladet seine Mitglieder zur zweiten Generalversammlung im Lokale der Ostbahn zu Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr ein. Nach der Generalversammlung findet ein gemütliches Beisammensein statt und sind hierzu die Mitglieder und deren Angehörigen, sowie Freunde und Gönner des Vereins gerne gesehen.

Die Abungsstunden sind außer dem Monat Juli am Donnerstag einer jeden Woche von 1/2 bis 1/10 Uhr im kleinen Saal der Ostbahn.

In **Weslich-Neufähr** fand am Sonntag ein vom Sport- und Geselligkeitsverein Weslich-Neufähr veranstaltetes Sportfest statt, an dem sich auch Danziger und Heubuder Turner zahlreich beteiligten. Nach einem Umzug durch den Ort, Gesangsvorträgen der Gesangsabteilung und der Festansprache wurden turnerische Leistungen gezeigt, die einen anerkennenswerten Stamm und guten Nachwuchs verrieten. Nach einem Laufen zwischen Heubude und Neufähr wurde das Fest auf dem Rasen durch ein Fußballspiel Danzig 1 : Weslich-Neufähr 1, das 6 : 2 für Danzig endete, beschlossen. Ein gemütliches Kränzchen im Lokale Elßner beendete das wohlgelungene Fest.

Aus den Gerichtssälen.

Kontrollbande mit Spiritus. Einige Kahnfahrer in Keszowasser vertrieben aus dem Freihafen 850 Kilogramm Branntwein ohne Erlaubnis einzuführen. Sie hatten sich dadurch der Kontrollbande schuldig gemacht. Der Spiritus hatte einen Wert von 88 280 M. Das Schöffengericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis und 120 000 M. Geldstrafe, sowie Einziehung des beschlagnahmten Spiritus.

Beleidigung der Sicherheitspolizei. Der Kontrollbeamte der polnischen Kommission Franz Koleszewicz in Danzig war mit der Sicherheitspolizei im Hafen nicht zufrieden und beschimpfte sie als verfluchte Schweinebande usw. Er hatte sich wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht zu verantworten, das ihn zu 200 M. Geldstrafe verurteilte.

Schlechte Wohnungsvermittlung. Der Kaufmann Oskar Kohde und der Grundstücksvermittler Oswald Dieball in Danzig kündigten in der Zeitung vermietbare Wohnungen an. Als ein Beamte des Wohnungsamts sich nach den Wohnungen erkundigen wollte, wurde ihm keine Auskunft gegeben. Das Schöffengericht verurteilte Kohde zu 1000 M. Geldstrafe und Dieball zu 1500 M. Geldstrafe wegen Auskunftsverweigerung.

Aus dem deutschen Osten.

Die Finanzlage des Memelgebietes.

Im Memeler Staatsrat wies der Vizepräsident in seiner Eröffnungsansprache zum Haushaltsplan darauf hin, daß das Memelgebiet finanziell selbständig wirtschaften könne. Vergleichsweise wurde hervorgehoben, daß der Freistaat Danzig ein Defizit von über 40 Millionen hat und daß Litauen im Jahre 1920 in Einnahmen und Ausgaben um mehr als einem Drittel hinter dem Voranschlag zurückblieb. Einer Einnahme von 411 Millionen Mark stand eine Ausgabe von 422 Millionen Mark gegenüber, bei einer dreifachen so hohen Bevölkerung wie im Memelgebiet ein nur viermal so hoher Etat. Der Haushaltsplan für das Memelgebiet balanciert mit 100 Millionen Einnahmen und Ausgaben und hat kein Defizit aufzuweisen. Für produktive Ausgaben weist er folgende Posten auf: Volkswohlfahrt und Volksbildung für Schulwesen 13 Millionen Mark, für Anstalts- und Armenwesen 1,84 Millionen Mark, für soziale Fürsorge 5 1/2 Millionen Mark, insgesamt 20 Millionen Mark. In Litauen entfallen auf das gesamte Ministerium für Volkswohlfahrt nur 22 Millionen Mark oder rund 11 M. pro Kopf gegen 133 M. pro Kopf Staatszuschüsse für Volkswohlfahrt und Volksbildung im Memelgebiet.

An weiteren produktiven Ausgaben sind im Etat festgesetzt für Landwirtschaft, Landeskulturpflege und Moore 1,37 Millionen Mark, für Landeskommunikation und Landeskommunikation 5 Millionen Mark, für Hafen-, Wasserbau- und Fischereiwesen 13 1/2 Millionen Mark. Weitere Hauptausgabenposten nennen folgende Ziffern: für die Befehlshaber 4 Millionen Mark, für die allgemeine Verwaltung 5,7 Millionen Mark, für das Polizeiwesen 6,6 Millionen Mark, für die Postverwaltung 5,5 Millionen Mark, für die Justizverwaltung 8,2 Millionen Mark, für die Postverwaltung 11 Millionen Mark.

Als Haupteinnahme posten nannte Vizepräsident Kraus folgende Zahlen: 1. die Steuern mit 15 1/2 Millionen Mark, 2. die indirekten Steuern mit 8,5 Millionen Mark, 3. die direkten Steuern mit 9,5 Millionen Mark, 4. die Ein- und Ausfuhrzölle. Verbrauchs- und Verkehrssteuern mit 44,5 Millionen Mark. Der Betrag aus den Steuern ist bei Innehaltung einer guten Bewirtschaftung ohne Raubbau nahezu ganz eingegangen. Der Betrag von 8,5 Millionen Mark an indirekten Steuern ergibt sich als Ertrag der Grund-erwerbsteuer, der Wertzuwachssteuer, der Erbschafts- und Stempelsteuer und schließlich aus der Umsatzsteuer für 1920. Zu dem Betrag von 9,5 Millionen Mark aus den direkten Steuern tragen bei: die Einkommensteuer 7 Millionen Mark, die Ergänzungsteuer 2,5 Millionen Mark. In der Kommissionsberatung sind die direkten Steuern eingehend besprochen worden, insbesondere wurde die

mangelhafte und zu niedrige Veranlagung von manchen Wirtschaften auf dem Lande, ganz besonders im Kreise Pogegen, beanstandet. Die Kommission hat eine gerechte Nachprüfung dieser Veranlagung dem Landesdirektorium dringend an Herz gelegt. Die 30 Lile dürften die im Etat vorgesehene Einnahme von 45 Millionen erreichen, während Litauen trotz dreizehnmal so großer Bevölkerung und viel höherer Solle noch nicht das dreifache an Einnahmen erreicht hat.

Polen.

Der Außenhandel Polens. Polens auswärtiger Handel ist, wie die statistischen Feststellungen aus dem Jahre 1920 ergeben, immer noch stark negativ. So betrug die Einfuhr im Jahre 1920 84 439 839 Schweizer Franken, während die Ausfuhr sich lediglich auf 37 660 769 Schw. Fr. belief. Der Warenverkehr der einzelnen Länder mit Polen stellt sich bei der Einfuhr wie folgt: der Wert der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten 18 896 376 Fr. gleich 22,38 Proz., aus Desterreich 14. 893 Fr. gleich 17,42 Proz., aus Deutschland 13 519 363 Fr. gleich 15,99 Proz., aus der Tschechoslowakei 9 516 625 Fr. gleich 11,27 Proz., aus Rumänien 5 203 164 Fr. gleich 6,16 Proz., aus Frankreich 4 818 965 Fr. gleich 5,76 Proz., aus Italien 3 829 116 Fr. gleich 4,54 Proz., aus England 3 215 610 Fr. gleich 3,80 Proz., aus Holland 2 910 658 Fr. gleich 3,44 Proz., aus der Schweiz 1 987 724 Fr. gleich 2,35 Proz., aus dem Baltikum 1 166 689 Fr. gleich 1,38 Proz., aus Danzig 1 902 755 Fr. gleich 2,22 Proz., aus anderen Ländern insgesamt 3,78 Proz. Die Ausfuhr nach den einzelnen Ländern stellt sich wie folgt: nach Desterreich 7 781 968 Fr. gleich 20,06 Proz., nach Deutschland 5 827 163 Fr. gleich 15,47 Proz., nach England 4 917 519 Fr. gleich 13,05 Proz., nach der Tschechoslowakei 4 217 361 Fr. gleich 11,20 Proz., nach Danzig 3 444 188 Fr. gleich 9,15 Proz., nach der Schweiz 2 073 189 Fr. gleich 5,5 Proz., nach Frankreich 1 839 653 Fr. gleich 5,03 Proz., nach dem Baltikum 1 604 404 Fr. gleich 4,26 Proz., nach Jugoslawien 1 228 361 Fr. gleich 3,26 Proz., nach Belgien 1 095 029 Fr. gleich 2,90 Proz., nach Holland 799 141 Fr. gleich 3,12 Proz., nach Italien 766 092 Fr. gleich 2,03 Proz., nach Ungarn 721 085 Fr. gleich 1,91 Proz., nach allen übrigen Ländern 3,46 Proz. Insgesamt betrug die Ausfuhr im vorigen Jahre 37 660 769 Schweizer Franken. Erdöl-erzeugnisse wurden im Jahre 1920 insgesamt 53 081 835 Kilogramm gleich 9 129 639 Schw. Fr. ausgeführt, d. h. 24,23 Proz. der gesamten Ausfuhr; Holz wurde ausgeführt insgesamt für 6 289 552 Schw. Fr. also 39 576 509 Schw. Fr., d. h. 16,7 Proz. der gesamten Ausfuhr.

Die Kosten der polnischen Armee. Welche ungeheuren Kosten die Unterhaltung der polnischen Armee dem Staate ausführt, ergibt sich aus dem polnischen Voranschlag, der fast drei Viertel der Ausgaben für die Armeebedürfnisse vorläßt. Nach einer Aufstellung des Warszauer „Przeglad“ schuldete gegenwärtig der polnische Staat dem Auslande für hauptsächlich zur Ernährung und Ausrüstung der Armee gelieferte Waren rund 160 Milliarden polnische Mark, darunter an Amerika 124, an Frankreich 30 Milliarden. Nach dem heutigen Kurs der polnischen Mark erhöht sich diese Schuld auf rund 250 Milliarden.

Heberproduktion in Lodz. Die Lodzger Industrie erreicht eine Monatsproduktion von 10 Milliarden Mark, der Inlandsbedarf erreicht 6 Milliarden Mark, der Rest ist für die Ausfuhr bestimmt. Einige Wollwarenfabriken sind infolge des Mangels an Aufträgen in größerem Umfange eingeschränkt worden.

„König Kohle.“

Roman von Hpton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Nach ein paar Wochen war, hatte Hal Gelegenheit, das Spionagesystem an der Arbeit zu beobachten, und nun begriff er etwas von jener Macht, die diese stummen, geduldigen Heere zur Arbeit trieb. Eines Sonntags morgens schlenderte er mit seinem Freund Tim Kafferty umher, einem gutmütigen Jungen mit träumerischen, blauen Augen in dem ruhgeschwätzten Bestick. Sie kamen zu Tims Heim und dieser forderte Hal auf, einzutreten und seine Familie kennen zu lernen. Der Vater war ein gebogter, arbeiterschöpfer Mann, in dessen stämmigem Körper jedoch noch große Kraft wohnte — das Produkt der Arbeit vieler Generationen in Kohlengruben. Obwohl er noch nicht fünfzig Jahre alt war, wurde er der „alte Kafferty“ genannt. Als Schachtjunge hatte er mit neun Jahren zu arbeiten begonnen und zeigte Hal ein Album mit den verbliebenen Bildern seiner Vorfahren aus der „alten Heimat“; Männer mit traurigen, tiefgefurchten Gesichtern, fleißig arbeitend um ihre Bestalt für die Nachwelt am Leben zu erhalten.

Die Mutter war eine hagere, grauhaarige Frau, jahreslos, doch warmherzig. Hal gefiel sie, weil ihr Heim so sauber war; er setzte sich auf die Türschwelle, umdrängt von einer Schar kleiner Kaffertys mit frischgewaschenen Sonntagsgesichtern, und beglückte sie mit der Erzählung wilder Abenteuer, die er von Earl Russell und Wahne Reid stahl. Zur Belohnung dafür ward er zum Essen eingeladen, bekam eine reine Gabel, ein reines Messer und einen Keller dampfender Kartoffeln mit zwei Stückchen Schweinefleisch. Dies wundete ihn so sehr, daß er sich sofort erkundigte, ob er nicht seine Wirtschaft verlassen und zu ihnen ziehen könne.

Frau Kafferty machte große Augen. „Freilich“, sagte sie. — „Aber glauben Sie, daß man es Ihnen gestatten wird?“

„Weshalb nicht?“ — fragte Hal.

„Es wäre doch ein schlechtes Beispiel für die andern.“

„Möchten Sie, ich muß bei Reminiski wohnen?“

„Es gibt sechs Wirtschaften, die der Gesellschaft gehören“ sagte die Frau.

„O, diese Ausländer dort! Mit denen rechnet niemand, die leben wie es eben kommt. Sie aber haben bei Reminiski angefangen und es wäre gefährlich für jene, die Sie dort weglocken wollten.“

„Ich sehe — lachte Hal. — Es scheint hier recht viel gefährliche Dinge zu geben!“

„Freilich. Sie haben Til Ansons entlassen, weil seine Frau unten im Kanon Milch kaufte. Das Kind war krank und das wässrige Zeug, das im Warenhaus verkauft wird, ist nicht viel wert. Ich glaube, sie tun Ardeide hinein, jedenfalls liegt ein weißer Saß am Boden.“

„Sie müssen also auch im Warenhaus kaufen?“

„Ich glaube, Sie hätten bereits früher in Kohlengruben gearbeitet.“ — bemerkte der alte Kafferty, der bisher schweigend dem Gespräch gefolgt hatte.

„Das habe ich“ — sagte Hal. — „Es war aber dort nicht gar so org.“

„Dann müßte ich gerne wissen, wo das war, in diesem Land.“ — meinte Frau Kafferty. — „Mein Alter und ich, wir haben viele, mühselige Jahre nach etwas Besserem gesucht.“

Soweit hatte das Gespräch ganz natürlich gestiegen, jählings aber schien ein Schatten zu fallen, ein Schatten der Angst. Hal sah, wie der alte Kafferty seine Frau stumm und andächtig und ihr ein Zeichen gab. Was mußten sie denn von diesem gutaussehenden, jungen Fremdling, der so gewandt zu sprechen verstand und so viel von der Welt gesehen hatte?

„Wir wollen uns ja gar nicht belagern“ — sagte der alte Mann. Und seine Frau beeilte sich hinzuzufügen: „Wenn man Hausierer in das Kohlenrevier hereinläßt, so gäbe es gar kein Ende, meine ich. Sie behandeln uns hier ebenso gut wie anderswo.“

„Das Leben des Arbeiters ist nirgends ein Spaß“ — sagte der Alte und als der junge Tim auch seine Ansicht äußern wollte, hielten sie ihn mit so aufrichtiger Furcht schweigen, daß Hal das Herz noch tat und er sich heftig, von etwas anderem zu sprechen.

Am Abend des gleichen Sonntags ging Hal zu Mary Burke, um seinen verprochenen Besuch zu machen. Sie öffnete die Vorhänge der Hütte, um ihn einzulassen, und selbst im schwachen Schein der kleinen Petroleumlampe erhielt er den Eindruck von etwas Weiterem. „Hallo!“ — sagte sie, genau wie sie es gesagt, da er von der Bergwand in ihren Hof gestiegen. Er folgte ihr ins Zimmer und bemerkte nun, daß der Eindruck der Feiertagszeit von

Mary selbst ausgegangen war. Wie frisch und sauber sie aussah! Das alte, blaue, nicht mehr ganz reine Kathunkleid war frisch geplättet, auf der Schulter bedeckte ein rotes, blaues Stoffstück das frühere Loch.

Da in der dreizehnmigen Hütte zwei der Räume mitgebrungen Schlafzimmern waren, empfing Mary ihre Besuche in der Küche. Der einzige Reiz, den das Mädchen diesem Räume hatte verleihen können, war der der Sauberkeit. Die Bretterbänke war frisch geputzt, der Kessel auf dem Herd, die Schüsseln und die gesprungene Leuchne auf dem Frett glänzten. Marys kleine Geschwister waren im Zimmer; Jenny, ein dunkeläugiges, dunkelhaariges kleines Mädchen, zart, mit einem blauen, etwas verschrecktem Gesichtchen und Tommy, ein rundköpfiger Junge, der tausend anderen rundenköpfigen, sonnenprossigen Jungen gleich. Sie sahen kergengrade auf ihren Stühlen und starrten den Besuch mit einer gewissen Feindseligkeit an. Hal hatte den Eindruck, als wären auch sie beim allgemeinen Reimmachen nicht bergeessen worden. Und da es ungewiß gewesen, wann der Besuch kommen würde, mußte ihnen diese Widerwärtigkeit wohl jeden Abend zugelassen sein und Hal konnte sich leicht die häuslichen Szenen vorstellen und die nicht gerade liebenswürdigen Bemerkungen über Marys „neuen Freund“.

Eine gewisse Unruhe schien über dem ganzen Raum zu lasten; Mary bot Hal keinen Stuhl an, stand selbst unentschlossen vor ihm, und nachdem er einige freundliche Worte zu den Kindern gesprochen, sagte sie unermittelt: „Sollen wir jetzt den versprochenen Spaziergang machen, Herr Smith?“

„Mit Freude“, erwiderte Hal, und während sie vor dem gesprungenen Spiegel ihren Hut aufsetzte, lächelte er den Kindern zu und zitierte zwei Verse seines Farrigan-Liedes:

„O, Mary-Jane, komm in die Wiege,
Es scheint der Mond dort so weiß wie Schnee.“

Tommy und Jenny waren zu sehen, um ihm zu antworten. Mary jedoch erwiderte: „Hier steht man vom Mond herab nicht wenig.“

Sie traten aus der Hütte. Es war angenehm, in der milden Sommernacht beim Mondschein zu spazieren, besonders, als sie den weiter entfernten Teil des Dorfes erreicht hatten, wo es weniger milde Menschen auf den Türschwällen und weniger lärmende Kinder gab. Andere junge Paare schritten gleich ihnen unter dem Mond dahin; selbst die härteste Tagesarbeit vermochte ihre Kräfte nicht darauf auszusaugen, daß sie nicht den Zauber dieser stillen Sommernacht empfanden.

(Fortsetzung folgt.)

12. Verbandstag der Holzarbeiter.

Zum Einst „Lohn- und Vertriebsbewegungen“, bei in nächster Sitzung behandelt wurde, gab Schleicher (Vorstand) in großen Zügen ein Bild der äußerst umfangreichen großen Tarifbewegungen der letzten Jahre. Teilen Schiedsrichtern stellen hauptsächlich auf der Kleinigkeit unter den Arbeitgeberorganisationen. Zutreffend bleiben hauptsächlich die Bestimmungen über die Entlohnung von Arbeitern bei Arbeitsmangel, die nach der Holzarbeiterbewegung mit Erfolg durch den Verband durch die Arbeitgeber veranlasst wurde; ferner die Forderung, daß die bestehenden höheren Bestimmungen durch den neuen Vertrag nicht rückwärts gehen dürfen.

Dauner (Verbandsobmann) als zweiter Referent behandelte die Lohnbewegungen in den verschiedenen anderen Branchen. In vielen der kleinen Branchen ist die Entlohnung gegenüber Holzarbeiter sehr erhöht durch die starke Nachfrage nach Arbeitskräften und andererseits, vor allem auch weiblicher Arbeiter, die zum Teil, zumal in einzelnen Branchen sehr große Mengen. In der Richtung eines besonderen Nachhins für die kleinen Branchen im Holzhandwerk hat sich all sehr nützlich erwiesen. Unter den für die kleinen Branchen abgeschlossenen Verträgen haben 24 1/2 Prozent darunter 14 5/6 wählbar. Der Vorstand wurde über den Zustand der Holzarbeiter getreulich berichtet (Verbandsobmann).

In der Diskussion wurde unter anderem angedeutet, daß die Holzarbeiter in den Vertriebsbüros an den Grenzorten sich halten müssen. Man müsse an die volle der geleisteten Leistungen anpassen. Der Verbandsobmann gab den Holzarbeitern und Holzwerkstätten die nötige Unterstützung zu versprechen. — „Geld der Lohn in gleiche Richtung gehen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die gleiche Höhe des Lohnes bei gleicher Arbeit ist zu erhalten. Gegenüber den Holzarbeitern der Holzhandwerk, dem Holzarbeiterverband in geschäftlichen Beziehungen von Holzhandwerkern anzuschließen, muß man sich ernstlich bemühen.“

In der Diskussion wurde eine von dem Referenten eingebrachte Resolution angenommen die u. a. folgendes lautet: „Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen. Er erkläre in dem Augenblick und in der Zusammenfassung der Verhandlungen, beizutreten und beizutreten. Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen.“

Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen. Er erkläre in dem Augenblick und in der Zusammenfassung der Verhandlungen, beizutreten und beizutreten. Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen.“

Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen. Er erkläre in dem Augenblick und in der Zusammenfassung der Verhandlungen, beizutreten und beizutreten. Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen.“

Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen. Er erkläre in dem Augenblick und in der Zusammenfassung der Verhandlungen, beizutreten und beizutreten. Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen.“

Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen. Er erkläre in dem Augenblick und in der Zusammenfassung der Verhandlungen, beizutreten und beizutreten. Der Verbandstag ersucht seine nächsten Versammlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausschickung von Tarifverträgen.“

Morphinisten.

Das tragische Ende des Schauspielers Harry Maßen und seiner Angehörigen zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die verhängnisvolle Wirkung jenes an sich lebenszerstörenden Vergiftungsmittels, wenn keine Anwendung, wie hier, zur Gewohnheit oder gar zur Leidenschaft wird.

Die Zahl der Morphinisten hat, wenngleich sich ziffernmäßige Nachweise darüber herbeiführen lassen nicht erbringen lassen, während der letzten Jahre zweifellos erheblich zugenommen, einmal infolge des Krieges, dann aber auch infolge der gesamten unruhigen Zeitverhältnisse, der Erschwerungen des Lebens und der Nege nach Geld und Erfolg. Die Ärzte können aber die Zunahme dieser krankhaften Sucht ebenso wie die immer mehr um sich greifende Seuche des Kokainismus aus der Zunahme jener Heilungssuchenden erkennen, die ihre krankhafte Morphiniumsucht dem Arzt zwar meist zu verheimlichen suchen, bei denen aber aus den typischen Symptomen der Sucht ohne Schwierigkeit die eigentliche Ursache des leidenden Zustandes erkannt. Das Leiden des Morphinisten ist gleichermaßen körperlich und seelisch; das eine erwächst aus dem anderen, und es besteht zwischen beiden ein unlösbarer Zusammenhang. Individuen, die dem Morphinismus verfallen, sei es wegen schmerzhafter körperlicher Beschwerden, sei es aus Gründen psychischer Art, erleiden vor allem eine Störung der Funktionen zahlreicher Organe und Organsysteme. Auffallend ist zunächst die starke Verengung der Pupille, eine Erscheinung, die zur Erkennung des Morphinismus wichtig ist. Neben Erschwerungen der Tätigkeit des Stoffwechsels erfolgt eine Erschlaffung der Drüsentätigkeit, so daß zum Beispiel die Speicheldrüsenleistung geringer wird. Die Haut wird weiß und schweiß, das Haar ergreut und fällt aus; die Zähne verfallen rascher Zerstörung — alles Folgen der unterdrückten organischen Ernährung, womit auch völliges Fehlen des Appetits einhergeht.

Nach verhängnisvoller aber sind die Störungen des Seelenlebens. Meist stellen werden Personen zu Morphinisten, die an feilscher Depression (Melancholie) leiden, und die durch die Morphiniumeinwirkungen den Schlaf zu finden hoffen, der sie — ein typisches Symptom der Melancholie — nicht. Bei derartigen Kranken wirkt das Morphinium besonders verhängnisvoll; es helfen sich Angstzustände und Zwangsvorstellungen ein, und der Intellekt verfallt sowie die Abtöpfung des Gefühlslebens machen Riesenschritte. Aber auch bei Personen, deren seelisches Gleichgewicht nicht gestört war, treten im Laufe der Zeit höchst bedenkliche psychische Krankheitserscheinungen auf, die bis vor allem in einer Beeinträchtigung der geistigen

Kann trat der Verbandstag in die Behandlung des Punktes „Bewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“ ein, eingeleitet durch ein Referat Larnows.

Arbeitslosenkravall im Berliner Gewerkschaftshaus.

Von der traurigen Geistesverfassung und Gemütsverbitterung, unter welche breite Massen der Arbeitslosen nach den Entbehrungen des Krieges und den Nahrungssorgen der Gegenwart zu leiden haben, gab ein wüster Tumult ein Beispiel. Der 14. Freitag im Berliner Gewerkschaftshaus abspielte. Es hatten sich unter Führung der Kommunisten etwa 2000 Arbeitslose mit roten Fahnen angeschlossen, die sämtliche Zugänge zum Hause besetzten und eine Demonstration zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund schickten, damit dieser eine Erklärung abgibt, was er zu tun gedenke, um keine Unruhen mehr herbeizuführen zur Befreiung der Arbeitslosen durchzuführen. Der einzige Anwesende vom Vorstand, der als Genosse A. N. II. erklärte, daß ein Teil der Forderungen erfüllt sei und der Rest erfüllt werden müßte. Sollte das nicht gelingen, so würden die nötigen Mittel gefunden werden für die Durchführung zu sorgen. Die schreiende Rufe der Arbeitslosen erklangen der Kund an. Auf diese Ansprache erwiderten ungläubliche Gegen. „Werst das Land ins Wasser? Geht mit uns ganz!“ und ähnlich tobte man. „Beim nächsten Anlauf im Kanal ein schlimmes Ende gefunden. Man sollte nicht hier und da schlagen“ und überhört mit den Gewerkschafts- und Sozialdemokraten „eine andere Antwort“ reden, die „hinaus-schmeißen“ und die Kontrolle selbst übernehmen. „Nach größere Dinge“ wurden angebracht. Die Demonstration wollte man täglich in verstärkter Weise wiederholen. — Gibt es etwas Beschämenderes für die organisierte Arbeiterschaft, als diese wüsten Kravalle! Was hat noch nicht genug an der Forderung man will Blut sehen man will Schossen erlösen! Kein Wunder, daß sich das Aussehen vergrößert die Hände reißt und schon den Tag kommen sieht, wo das letzte Einheitsbestreben des Proletariats, die Gewerkschaften, aufzukommen. Wenn den Gewerkschaften auch Augen werden müßte, daß sie sich durch die nur sehr unzulängliche Aufsicht in einer verzweifelten Lage befinden, so darf das durchaus kein Freibrief zu derartigen Exzessen sein.

Bewerkschaftliches.

Der Verband Deutscher Schiffingenieur- und Seemannschaften hielt Ende Mai in Hamburg seinen diesjährigen ordentlichen Verbandstag ab. Der Verbandstag hat nicht nur dazu geführt, die in den Reihen des Verbandes herrschenden Meinungsverschiedenheiten, sondern er hat außerdem beschlossen, den Verband nach Möglichkeit aufzubauen und hat dem Vorstande die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt. Die für die Tendenzen des Verbandes bisher maßgebende Richtung wird auch in der Zukunft nicht geändert werden. Festgehalten wird demnach auch an dem Gedanken der demokratischen Gewerkschaften, an deren Aufstandkommen der Verband Deutscher Schiffingenieur- und Seemannschaften sich vorzugsweise nach besten Kräften beteiligen wird. Neben und zum großen Teil erschienen waren Vertreter der dem V. D. S. angeschlossenen Verbände sowie des V. S. B. als Spitzenorganisation des Verbandes.

Schließung der Versicherungsbranche für Angestellte. Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über Änderung des Versicherungsrechts für Angestellte an. Die Versicherungsbranche wird auf 20 Jahre verlängert.

Aus aller Welt.

Zweimarktschneefabriken aufgehoben. Den Fällschern der Zweimarktschneefabrik ist die Fällschneefabrik der Reichsbank in der letzten Zeit so gründlich zu Leibe gegangen, daß ihre Tätigkeit im wesentlichen jetzt gebrochen zu sein scheint. Die Schwierigkeit mit den falschen Fällschneefabriken hat aber andere auf den Gedanken gebracht, sich den Zweimarktschneefabriken zuzuwenden. Die Fällschneefabrik der Reichs-

Hemmungen zu erkennen geben. Charakter und Moral schwinden; der Morphinist klebt vor nichts zurück, um sich das geliebte Gift zu verschaffen; er sieht, selbst Recepte und begehrt Dinge, zu denen er sich früher nie verstanden hätte. Wie bei Melancholikern tritt unter dem depressierenden Eindruck des körperlichen und geistigen Verfalls immer mehr der Hang zum Selbstmord in den Vordergrund; wo die Energie dazu fehlt, verfällt der Kranke schließlich völligem Marasmus, der dann mit dem Tode endet.

Gefährliche und innerlich gesunde Naturen verfallen nicht so leicht der angenehmen belebenden, Wohlbehagen erregenden Wirkung des Giftes, wie Neurotheniker. Auch ist die innerliche Darreichung des Morphiums weniger bedenklich als die Einwirkung unter die Haut, da aus dieser am ehesten krankhafter Morphinismus, der unheilbare Hang nach dem Gift, entsteht. Morphinisten, die noch so viel Energie aufbringen, um sich in ärztlicher Behandlung von ihrer Sucht heilen zu lassen, bedürfen genauerer ärztlicher Beobachtung, ohne die auch keine Entziehungskur unternommen werden sollte.

Obst und Zähne. Angesichts der jetzt wieder beginnenden Obstzeit verdient darauf hingewiesen zu werden, daß wir unseren Zähnen keine größere Wohlfahrt bezuegen können, als möglich ist und möglichst regelmäßig Obst zu essen. Die Erfahrung hat zur Genüge erwiesen, daß die Südländer, die in der Hauptsache von Obst und Früchten leben, überwiegend vorzügliche Zähne haben, und daß Zahnstein, Karies, Hohlwerden der Zähne und andere Zahnerkrankungen, von denen die Menschen im Norden so arg geplagt werden, dort unbekannt sind. Diese Erfahrung wird durch die Wahrnehmung bestätigt, daß auch bei uns zu Lande Vegetarier zumeist ein prächtiges Gebiß haben. Das ist weniger auf das Essen von Gemüse als auf den Obstgenuß zurückzuführen. Die Zuträglichkeit des Obstes für die Zähne beruht auf der Tatsache, daß im Obst enthaltenen natürlichen Fruchtsäure. Beim Kauen und durch die Berührung mit dem Speichel wird diese Fruchtsäure frei und gelangt so bis in die verborgenen Spalten der Zähne. Durch dieses Eindringen der Fruchtsäure in die kleinsten Lücken wird eine durchgreifende Reinigung der Zähne von den Säureerregern, die den Hauptherd der Zahnerkrankungen bilden, bewirkt, während gleichzeitig das Fleisch der Früchte als eine Art Zahnbürste in Tätigkeit tritt, die durch das Scheuern der Zähne eine mechanische Reinigung bedingt. Die Fruchtsäure begünstigt aber nicht mit der faulniszerstörenden Wirkung, sondern ist auch den Zahnteilen und beteiligt damit einen

bank hat jetzt zwei derartige Fabriken ermittelt, mit allem Material ausgehoben und die Fällschneefabrik verhaftet. Zu einer Fällschneefabrik, die Fällschneefabrik machte, gehörte auch ein Arbeiter Gromzig. Auf photographischem Wege stellte er die Platten her, und in dem Steinbruder Bartels aus Neudöhlen fand er einen Helfershelfer, der die Platten auf den Stein brachte. Der dritte im Bunde wurde ein Möbelhändler Lau aus Neudöhlen, der die Witwe eines verstorbenen Fällschneefabrikanten konnte. Diese besaß noch eine Handdruckpresse. Lau kaufte sie ihr ab, und jetzt begann die Fabrikation der Zweimarktschneefabrik und ihr Vertrieb. Die Kriminalpolizei nahm die Nachforschungen auf und ergriff bald einen Schlosser Artur Wandow, der aber nur bei der Vertreibung beteiligt gewesen war. Jetzt führten sich die Fabrikanten in Neudöhlen nicht mehr sicher und verlegten ihre Tätigkeit nach der Ostbahnstraße in Neu-Lichtenberg. Alle Beteiligten wurden hier erwischt und mit dem ganzen Material nach dem Polizeipräsidium gebracht. Trotz dieses Fanges kamen aber weitere falsche Zweimarktschneefabrik in den Verkehr, die darauf schließen lassen, daß noch eine zweite Fabrik bestehen mußte. Auch diese wurde jetzt ermittelt und aufgehoben. Ein Schriftsteller Richard Förster hatte in der Reichenberger Straße ein versteckt über einer Waschküche gelegenes Zimmer gemietet. Dieses stattete er mit Maschinen, die ihm aus seiner Schriftlehre noch übrig geblieben waren, aus und richtete es zu einer Fällschneefabrik ein. Die Beamten, die ihn überraschten, fanden in einem Waschkorb versteckt mehrere tausend Zweimarktschneefabrik.

Raubüberfall auf der Eisenbahn. Ein schwerer Raubüberfall wurde in einem Abteil zweiter Klasse in dem in Dortmund um 1 Uhr nachts eintreffenden Personenzug auf die Hotelbesitzerin Meyer aus Dortmund verübt. Der Verbrecher suchte die Reisende zu betäuben und schlug ihr mit einem eisernen Gewicht die Schädelschale ein, weil sie sich zur Wehr legte. Dann nahm er ihr den Füllschneefabrik ab, streifte ihr die Ringe von den Fingern und bewachte sich ihres Handgelds. Bevor die Frau bewußtlos wurde, konnte sie noch die Notbremse ziehen. Als der Zug stand, lief der Räuber die Weichung hinunter und verschwand hinter den dort lagernden Holzstapeln. Die sofort aufgenommene Verfolgung verlief ergebnislos. Die tödlich verletzte Frau wurde in einem Dortmunder Krankenhaus untergebracht.

Minerod. Der Dampfer Vubulina ist, von Sibirien kommend, auf eine Mine gestoßen und gesunken. Von den 240 Passagieren, die sich an Bord befanden, konnten nur zwei durch die Mannschaft des Panzerschiffes Vemmo gerettet werden. Der Dampfer Vubulina, 1312 Tonnen, hatte den Verkehr zwischen dem Pirdus, dem Insel Schios und Sibirien zu besorgen und war für den Frachtransport griechischer Flüchtlinge aus von den Kommissaren bedrohten Ländern in Asien bestimmt.

Todessturz einer englischen Fliegerin. Die bekannte englische Fliegerin Conna Promwell, die im Mai 09 mal hintereinander die Todesstrecke überflog, ist bei dem Versuch, ihren eigenen Rekord zu schlagen, aus 300 Meter Höhe auf dem Flugfeld bei Rocca abgestürzt und konnte nur völlig verbrannt unter den Trümmern ihres Flugzeuges hervorgezogen werden.

Zwei Löwen auf dem Transport tödlich verlegt. Der auch hier bekannte Zirkus Strakburger, der zurzeit in Weimar Vorstellungen veranstaltet, hat durch den Verlust von zwei Löwen schweren Schaden erlitten. Bei der Abfahrt des Zirkuszuges vom Bahnhof Strakburg wurde ein besonders schwer beladener Wagen von der Maschine zu stark abgestoßen. Bei dem heftigen Anprall gegen den stehenden Querbalken, in dessen letzten Wagen sich die beiden Löwen befanden, trugen die Tiere so schwere äußere und innere Verletzungen davon, daß beide nach kurzer Zeit verstarben.

Das gefährliche Vergnügen. Auf dem Schützenplatz in Wittenberg ereignete sich ein schwerer Unfall. Aus einer Rundschaukel stürzte ein Schütze mit mehreren Aufsätzen aus einer Höhe von sieben Meter herab und mit einem anderen Schütze mit sich. Sechs Personen trugen schwere Verletzungen davon.

Trennung der Geschlechter im Aino. In Madrid hat der Polizeichef angeordnet, daß in den Ainos die Geschlechter getrennte Plätze erhalten und nur ein Ainos der Ehe den Damen zukommt. Die Einnahmen sind infolgedessen stark gesunken.

weiteren Herd schmerzhafter Erkrankungen, ohne daß der Schmerz der Zähne angegriffen wird. Die in den Früchten vorhandenen Nährstoffe führen dem Körper die Stoffe zu, die für den Aufbau der Zähne von ausschlaggebender Bedeutung sind. In diesem Sinne ist besonders der Apfel zu empfehlen.

Von der Träneninsel Ellis Island. Nach längerer Pause hat der Hafenkommissar in New York wieder einmal Ellis Island besucht. Er schildert seine Beobachtungen in dem „Einwanderer-Freund“ März 1921. Danach soll Ellis Island sich in einem ganz miserablen Zustande befinden. Die Schuld daran liegt weniger bei den Beamten als vielmehr an dem ungeheuren Andrang der Einwanderer aus aller Herren Länder und vor allem an der Regierung, welche nicht zu bewegen ist, genügend Geld zu bewilligen, um Ellis Island zu einem menschenwürdigen Aufenthaltsort zu machen. Die Einwanderer sollen wie das liebe Vieh zu Tausenden zusammengeschleppt sein. Während früher höchstens 2000 „Definierte“ festgehalten wurden, schmachten heute häufig 5-7000 Menschen auf einmal auf der Insel. Den meisten von ihnen fehlt das Geld, welches erst die Inverwandten schicken müssen. Infolge dieser erzwungenen Wartezeit sind schon viele Hunderte von Kindern auf Ellis Island elend gestorben. Neuerdings dringen daher die Dampferlinien selbst darauf, daß die Einwanderer, ehe sie den europäischen Hafen verlassen, die erforderlichen Dollar pro erwachsene Person bei sich haben. Die Ernährung auf Ellis Island soll außerordentlich dürftig sein. Der Einwanderungsmissionar rät daher allen Auswanderern, wenn irgend möglich die 2. Kajüte zu benutzen, damit sie dem Jammer und dem Elend auf der Träneninsel entgehen. Er bezeichnet Ellis Island als eine „ganz unnötige, barbarische, mittelalterliche Tortur“, die so bald als möglich abgeschafft werden sollte, auch ganz leicht abgeschafft werden könnte, wenn man alles das, was auf der Träneninsel erledigt wird, schon in Europa durch die amerikanischen Konsulate erledigen ließe.

Der schwache Rauscher. „Naschen Sie auch, Herr Bureauvorsteher?“ — „Sehr wenig — nur wenn ich arbeite.“

Schweres Stadium. Im Omnibus sitzen zwei stark argersüchtige Männer. Der eine fragt: „Wie spät ist es eigentlich?“ Der andere greift in die Tasche, zieht eine Streichholzschachtel heraus, stellt sie an und sagt: „Wartet ab.“ Darauf steht der erste wachsend auf und sagt: „So, dann muß ich ja hier einsteigen!“

Fahrplanänderungen. Vom 15. Juni d. J. ab treten nachstehende Fahrplanänderungen ein:
Danzig - Dirschau: Der Personenzug 847 fährt ab von Dirschau 2.27, von Mühlsana 2.48 und trifft in Dirschau 2.58 ein.
Danzig - Joppal: Die Sonntagszüge 480 Danzig ab 10.06, 486 Joppal ab 9.50 abds., 491 Joppal ab 10.36, 487 Joppal ab 10.20 abds., verkehren nur Sonntags.

Lehrerzeitung „Die Naturfreunde“.
 Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr im Heim Stadthaus:
 Märchenabend. Vortragender Herr Otto Blatt.

Vermischtes.

Eine gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beruft zu Freitag, den 19., und Sonnabend, den 20. August, eine Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung nach Kassel ein. Die Einladung zur Entsendung von Delegierten

richtet sich nur an die Verbandsvorstände, doch können auch Wunsch- und Gewerkschaftsvertreter, die besondere Jugendsekretäre angestellt haben, an der Konferenz teilnehmen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Methoden der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. 2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen. 3. Bildungsfragen. 4. Das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung. 5. Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen.

Die **Wahlberechtigung** in den deutschen Gewerkschaften. Nach den Feststellungen des Reichsausschusses für Arbeitsvermittlung hatten die folgenden Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern am 14. Mai folgende Arbeiterlisten aufzustellen: Bremen 716, Breslau 7418, Chemnitz 8698, Dortmund 38, Dresden 10 066, Düsseldorf 1079, Essen 815, Frankfurt a. M. 2679, Hamburg 31 578, Hannover 8487, Köln 2167, Aachen 4778, Leipzig 18 230, Magdeburg 8298, Mannheim 1094, Nürnberg 10 216, Rürnberg 2834, Weimar 1267, Stuttgart 2028, insgesamt 80 288 Arbeiterliste. Ohne die Zahlen der Arbeiterliste ist bei DWD jedoch unvollständig.

BORG CIGARETTEN
 für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 14. Juni 1921.

	ältern	heute	ältern	heute
Leipzig	0,84	0,72	Dresden	0,22 - 0,15
Breslau	1,07	0,72	Dirschau	0,30 - 0,24
Dortm.	0,72	0,72	Einlage	2,16 - 2,18
Chem.	0,72	0,72	Schlesw.	2,40 - 2,42
Hann.	0,72	0,72	Schlesw. D. P.	6,66 - 6,64
Leipz.	0,72	0,72	Magdeburg D. P.	4,34 - 4,36
Stuttg.	0,72	0,72	Nürnberg	2,06 - 2,06
Mannh.	0,72	0,72	Wolfsb.	0,00 - 0,00
Frankf.	0,72	0,72	Kassel	0,00 - 0,00
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0,72	0,72		
Frankf.	0,72	0,72		
Köln	0,72	0,72		
Essen	0,72	0,72		
Brem.	0,72	0,72		
Düss.	0,72	0,72		
Aach.	0,72	0,72		
Wim.	0,72	0,72		
Stuttg.	0,72	0,72		
Mannh.	0			